

Russlands geheime Waffen im Energiekrieg mit Europa



Mit der endlich geleisteten Unterschrift der Ukraine für ein „Partnerschaftsabkommen“ mit der EU scheint Russlands Umklammerung der Ökonomien der Region geschwächt. Aber das bedeutet noch lange nicht, dass es in seinen Versuchen nachlässt, die Ökonomien dieses Gebietes zu beeinflussen.

Der in Brüssel unterschriebene EU-Vertrag schiebt die ex-sowjetische Ökonomie näher an den Westen, was den Weg bereitet für finanzielle Unterstützung aus Europa und einen gewaltigen Markt für dessen Produkte. Die hoch verschuldete neue ukrainische Regierung braucht dringend frisches Geld. „Der Vertrag bedeutet neue Investitionen, neue Regeln ohne Korruption und neue Märkte, den größten Markt der Welt“, sagte der neue ukrainische Präsident Petro Pereschenko, ein im vorigen Monat gewählter Milliarden schwerer Schokoladen-Tycoon, nach der Unterzeichnungs-Zeremonie. Aus genau diesem Grunde könnte Russland seine Schlacht um den Erhalt seines Einflusses über die früheren Verbündeten verstärken – einschließlich der Versuche, Europas Abhängigkeit von den riesigen Energie-Ressourcen Russlands zu erhalten.

Dem Wirtschaftsminister der Ukraine Pavlo Sheremeta zufolge macht sich das Land schon jetzt gefasst auf russische Vergeltungsmaßnahmen einschließlich der möglichen Blockierung von Exporten und Preisanhebungen. Vor Reportern sagte er kürzlich: „Wir müssen davon ausgehen, schon bald in einen Handelskrieg mit Russland einzutreten“.

Aber selbst unabhängig von einem Handelskrieg ist die Schlacht um ein anderes grundlegendes Thema – Energieabhängigkeit – bereits in vollem Gange.

Die Art und Weise, mit der Russland versucht, die Energieabhängigkeit Europas von Russland zu erhalten, kam vor Kurzem ans Tageslicht, und zwar aus einer unwahrscheinlichen Quelle, nämlich von NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen. Der normalerweise unauffällige Däne, der sich nur selten zu Energiethemen äußert, sagte der in London ansässigen Denkfabrik Chatham House am 19. Juni ([hier](#)), dass Russland still und leise einige europäische Anti-Fracking-Umweltaktivisten unterstützt, um Europa daran zu hindern, der Schiefergas-Revolution in den USA zu folgen – und in der Folge den Kontinent von Russland abhängig bleiben zu lassen. Rasmussen behauptete, dass die NATO-Verbündeten die russische Manipulation auf frischer Tat ertappt hätten, und zwar durch „ausgeklügelte Informations- und Desinformations-Kampagnen“ innerhalb der gut organisierten europäischen Anti-Fracking-Gruppen.

Umweltaktivisten waren empört über Rasmussens Vermutung, dass Russland ihre Sache übernommen habe. „Man muss sich fragen, auf welchem Planeten er lebt“, sagte der Greenpeace-Campaigner Ben Ayliffe, der Leiter der Kampagne, Ölonternehmen daran zu hindern, in der Arktis zu bohren. Er verwies darauf, dass Russland jüngst zahlreiche Greenpeace-Aktivisten verhaftet habe. „Zu sagen, dass der Kreml uns in die Tasche steckt, ist absurd“.

Jedoch ist die Aussage, dass Russland danach trachten könnte, Anti-Fracking-Gruppen zu sponsern, Energiepolitik-Experten zufolge nicht ganz so absurd wie sie klingt.

Russland hat seine Gasexporte nach Europa lange als einen grundlegenden politischen Hebel betrachtet. Jedes Jahr gibt das Land Millionen aus, um westliche Regierungen hinsichtlich ihrer Energiepolitik zu beeinflussen. Gazprom allein wandte im vorigen Jahr 6 Millionen Dollar für Lobbyisten in Washington auf. Im Mai stoppte Russland seine Gaslieferungen an die Ukraine, transportieren doch Pipelines durch das Land das Gas nach Westeuropa. Begründet wurde der Lieferstopp mit der Behauptung, dass Kiew Milliarden Schulden bei Gazprom hat. Ein noch bedeutenderer Grund ist jedoch eine Vergeltungsmaßnahme für die Entscheidung der Ukraine, das Abkommen mit der EU zu unterzeichnen. Etwa 60% des von der Ukraine verbrauchten Gases stammt aus Russland, und im April hat Gazprom seine Preise für Exporte in die Ukraine um gewaltige 80% erhöht.

Aber es scheint so, als ob Russland auf subtilere Art versucht, Druck auf andere Nachbarländer auszuüben – vor allem auf jene, die EU-Mitglied sind. Forscher glauben, dass Russland tatsächlich Anti-Fracking-Kampagnen gesponsert hat, wenngleich in moderaten Mengen, die für sich genommen nicht ausreichen, die Meinung der Regierungen hinsichtlich des hydraulischen Brechens zu ändern. Nehmen wir zum Beispiel Bulgarien. Dort haben Energie-Analysten herausgefunden, dass die Russen verschiedene lokale Umweltgruppen finanziell gefördert haben.

Bulgarien, das ärmste EU-Mitglied mit geschätzten Schiefergas-Reserven von 17 Billionen Kubikfuß [?] hat im Jahre 2011 einen Schiefergas-Ausbeutungsvertrag mit Chevron unterschrieben, das Abkommen jedoch ein Jahr später aufgekündigt, nachdem lokale Umweltgruppen gegen die Pläne von Chevron protestiert hatten – und noch bevor das Unternehmen mit der Arbeit überhaupt begonnen hatte.

„Einige der hier aufgetauchten lokalen Umweltgruppen sind plötzlich sehr ängstlich geworden hinsichtlich Fracking und der Verschmutzung von Grundwasser“, sagte Andreas Goldthau, ein deutscher Energiepolitik-Experte, der gegenwärtig Dozent des Belfer Center for Science and International Affairs von Harvard ist und der Dutzende Politiker und Umweltaktivisten in Bulgarien interviewt hat, und zwar für eine [Forschungs-Studie](#) über die Energie-Kämpfe des Landes, die im Juni veröffentlicht wurde.

„Sie alle wurden offensichtlich von Russland finanziell gefördert, aber die Frage lautet, in welchem Umfang? Selbst wenn man eine noch rauchende Waffe findet, könnte man einfach einen 1000-Dollar-Scheck finden“.

[Full story](#)

Link:

<http://www.thegwpf.org/russias-secret-weapons-in-the-energy-war-with-europe/>

Übersetzt von [Chris Frey](#) EIKE